

Wasserbauverordnung

vom 10. November 2009 (Stand 1. Oktober 2021)

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung des Wasserbaugesetzes vom 17. Mai 2009¹

als Verordnung;²

I. Allgemeine Bestimmungen

(1.)

Art. 1 Hoheit und Aufsicht (Art. 6 und 8 WBG)

¹ Das Bau- und Umweltdepartement übt die wasserbaupolizeiliche Hoheit und die Aufsicht über die kantonalen Gewässer aus.*

Art. 2 Zuständige Stelle

¹ Das Amt für Wasser und Energie ist zuständige Stelle des Kantons, soweit die Gesetzgebung über den Wasserbau nichts anderes bestimmt.*

² Das Bau- und Umweltdepartement ist zuständige Stelle des Kantons bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit von Vorhaben an kantonalen Gewässern³.*

Art. 3 Gewässerplan (Art. 4 und 5 WBG)

¹ Die politische Gemeinde führt den Gewässerplan bei Genehmigungen von wasserbaulichen Massnahmen für den Hochwasserschutz nach.*

² Liegt zwischen Abschnitten des gleichen Gewässers, die nach Art. 4 des Wasserbaugesetzes vom 17. Mai 2009⁴ als Gemeindegewässer eingeteilt werden, eine Strecke von weniger als 200 Meter, werden die Gewässerabschnitte vereint.

¹ sGS 734.1.

² Abgekürzt WBV. Im Amtsblatt veröffentlicht am 23. November 2009, ABl 2009, 3253; in Vollzug ab 1. Januar 2010.

³ Art. 15 f. des Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung, sGS 672.1.

⁴ sGS 734.1.

II. Gewässerunterhalt

(2.)

Art. 4 *Begriffe*
 a) periodische Pflege der Ufervegetation (Art. 9 Abs. 2 Bst. a WBG)

¹ Als periodische Pflege der Ufervegetation gelten insbesondere:

- a)* Pflege und Ergänzung von Bestockungen;
- b)* Pflege von Böschungen.

Art. 5 *b) Entfernen von Böschungswülsten (Art. 9 Abs. 2 Bst. b WBG)*

¹ Die Entfernung von Böschungswülsten und anderen Hindernissen im Gerinne und an Ufern umfasst insbesondere:

- a) das Räumen der Gerinne, Böschungen und Ufer von Treibgut, Büschen, Bäumen und Schwemmholz, soweit sie das für den Abfluss erforderliche Gewässerprofil einengen oder die Stabilität der Böschungen oder der Wasserbauwerke beeinträchtigen können;
- b) die Wiederherstellung von Böschungen und das Entfernen von Sohlenaufanbauten, soweit sie das für den Abfluss erforderliche Gewässerprofil einengen oder die Vorflut beeinträchtigen können.

Art. 6 *c) Ausschöpfen von Kiesfängen (Art. 9 Abs. 2 Bst. d WBG)*

¹ Material aus Kiesfängen ist so weit als möglich in das Gewässersystem zurückzuführen.

² Das Bau- und Umweltsdepartement erlässt Richtlinien.*

Art. 7 *d) Unterhaltsmassnahmen an Schutzbauten und Durchlässen*
 (Art. 9 Abs. 2 Bst. e WBG)

¹ Als Unterhalt an Schutzbauten und Durchlässen gelten betriebliche und kleine bauliche Massnahmen zum Erhalt der Bauwerke.

² Der Ersatz von Schutzbauten oder Durchlässen gilt nicht als Unterhalt.

Art. 8 *Meldeverfahren*
 a) Gesuchsunterlagen (Art. 10 WBG)

¹ Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller reicht der politischen Gemeinde ein:

- a) Beschreibung der Unterhaltsarbeiten;
- b) Situationsplan und Querprofile mit Eintrag der Massnahmen.

Art. 9 b) Eingangsbestätigung und Vollständigkeitsprüfung

¹ Die politische Gemeinde:

- a) bestätigt der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller den Eingang und teilt das Ergebnis der Prüfung der Vollständigkeit des Gesuchs mit;
- b)* leitet das Gesuch nach der Prüfung der Vollständigkeit innert Wochenfrist seit Gesuchseingang der zuständigen Stelle des Kantons weiter.

Art. 10 c) Prüfung der Unterlagen

¹ Die zuständige Stelle des Kantons:*

- a)* prüft, ob die Unterhaltsmassnahmen zulässig sind;
- b)* eröffnet allfällige notwendige kantonale Bewilligungen oder verweist das Gesuch in das vereinfachte Baubewilligungsverfahren oder das ordentliche Planverfahren.

² Sie kann für die Prüfung weitere kantonale Dienststellen einbeziehen.*

³ Sie teilt das Ergebnis der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller und der politischen Gemeinde innert 20 Tagen seit Gesuchseingang mit.*

III. Raumplanerische Massnahmen

(3.)

Art. 11 Naturgefahren (Art. 12 WBG)

¹ Die im Rahmen eines Wasserbauprojekts erarbeiteten Gefahrengrundlagen:

- a) stellen die Gefahrensituation vor und nach der Ausführung des Projekts dar;
- b) werden der Naturgefahrenkommission des Kantons unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

IV. Wasserbau

(4.)

1. Allgemeines

(4.1.)

Art. 12 Projektierung bei Gemeindegewässern und übrigen Gewässern (Art. 17 WBG)

¹ Die politische Gemeinde prüft die Notwendigkeit des Gewässerausbaus vor Vergabe der Projektierungsarbeiten für das Auflageprojekt.

² Sie lässt die Beitragsberechtigung vom Bau- und Umweltdepartement klären.*

³ Die Entschädigung für die Projektleitung oder die Unterstützung der Bauherrschaft durch die zuständige kantonale Stelle wird vor Beginn der Arbeiten vereinbart.*

Art. 13* ...*

2. Planverfahren

(4.2.)

Art. 14 *Projektunterlagen (Art. 23 WBG)*

¹ Die Projektunterlagen enthalten bei kleineren wasserbaulichen Massnahmen und baulichen Unterhaltsmassnahmen in der Regel:

- a) einen kurzen technischen Bericht;
- b) Situationsplan, Längs-, Quer- und Gestaltungsprofile.

Art. 15* ...

V. Finanzierung

(5.)

1. Kostentragung

(5.1.)

Art. 16 *Eigentümerbeitrag bei Gemeindegewässern und übrigen Gewässern (Art. 40 und 41 WBG)**

¹ Die Beiträge der Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Grundstücke, Bauten und Anlagen an die Kosten von Bau und Unterhalt der Gemeindegewässer und der übrigen Gewässer bemessen sich nach:

- a) der Grösse der gefährdeten Fläche;
- b) der Nutzungsmöglichkeit;
- c) der Gefährdungsintensität;
- d) dem besonderen für einzelne Grundstücke, Bauten und Anlagen zu erwartenden Nutzen.

Art. 16a* *Gemeindebeitrag bei Gemeindegewässern (Art. 40 WBG)*

¹ Der Beitrag der politischen Gemeinde an die Kosten von Bau und Unterhalt der Gemeindegewässer bemisst sich nach:

- a) dem öffentlichen Interesse, insbesondere anhand der Grösse des Einzugsgebiets, dem Revitalisierungsanteil, der ökologischen Aufwertung, der Ableitung von Meteorwasser aus überbauten Flächen im Einzugsgebiet und speziellen Gefährdungen;
- b) der Tragbarkeit der Kosten durch die Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Grundstücke, Bauten und Anlagen.

2. Kostenverlegung

(5.2.)

Art. 17 Durchführung (Art. 43 WBG)

¹ Die politische Gemeinde oder die Schätzungskommission meldet die Bau- und Unterhaltungspflicht als Anmerkung im Grundbuch an, sobald der Beitragsplan in Rechtskraft erwachsen ist.*

3. Kantonsbeiträge

(5.3.)

Art. 18 Anrechenbare Kosten
a) Grundsatz (Art. 52 WBG)

¹ Anrechenbar sind insbesondere die Kosten für:

- a) Projektierung;
- b) Bau;
- c) Verlegung von Werkleitungen im Bereich von Verlegungsstrecken;
- d) Erwerb von Grundstücken und Rechten im Bereich von Verlegungsstrecken;
- e) Öffentlichkeitsarbeit;
- f) Rückbau des ehemaligen Bachlaufs;
- g) Aufwand der Schätzungskommission.

Art. 19 b) hälftige Anrechenbarkeit

¹ Zur Hälfte anrechenbar sind die Kosten für:

- a) Ersatz bestehender Brücken und Durchlässe;
- b) Anpassungen an bestehenden Brücken und Durchlässen.

Art. 20 c) nicht anrechenbare Kosten

¹ Nicht anrechenbar sind die Kosten für:

- a) Ersatz von Eindolungen;
- b) Verlegung von Werkleitungen im Bereich der Ausbaustrecken;
- c) Werke Dritter, die nicht wasserbaulichen Zwecken dienen;
- d) Gebühren.

Art. 21 Bemessung der Kantonsbeiträge (Art. 54 WBG)

¹ Die Bemessung der Kantonsbeiträge richtet sich nach den Kriterien der Bundesgesetzgebung über den Wasserbau.⁵

⁵ BG über den Wasserbau vom 21. Juni 1991, SR 721.100; eidV über den Wasserbau vom 2. November 1994, SR 721.100.1.

VI. Besondere Bestimmungen

(6.)

Art. 22 *Zutrittsrecht (Art. 57 WBG)*

¹ Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer werden über bevorstehende Unterhalts- und Kontrollarbeiten auf ihren Grundstücken rechtzeitig informiert.

VII. Schlussbestimmungen

(7.)

Art. 23 ⁶

Art. 24 ⁷

Art. 25 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Der Regierungsbeschluss über die Bezeichnung der zu ständigen Stelle des Staates nach dem Wasserbaugesetz vom 15. Januar 1996⁸ wird aufgehoben.

Art. 26 *Übergangsbestimmungen*
a) *Wasserbau- und Renaturierungsprogramm*

¹ Bis zum Erlass des Wasserbau- und Renaturierungsprogramms nach Art. 18 des Wasserbaugesetzes vom 17. Mai 2009⁹ werden die erforderlichen Kredite für Hochwasserschutz- und Renaturierungsmassnahmen jährlich mit dem Voranschlag eingeholt.

Art. 27 b) *bestehende Perimeter*

¹ Bestehende Perimeter nach dem Wasserbaugesetz vom 23. März 1969¹⁰ werden angepasst, wenn sich die Verhältnisse massgeblich geändert haben.

Art. 28 c) *Plan über die Gemeindegewässer*

¹ Die politische Gemeinde reicht der zuständigen Stelle des Kantons den ersten Plan über die Gemeindegewässer auf ihrem Gebiet nach Art. 3 dieses Erlasses bis 31. Dezember 2011 ein.

6 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

7 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

8 nGS 31–49 (sGS 734.111).

9 sGS 734.1.

10 sGS 734.11.

Art. 29 Vollzugsbeginn

¹ Dieser Erlass wird ab 1. Januar 2010 angewendet.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	45–18	10.11.2009	01.01.2010
Art. 1, Abs. 1	geändert	2021-066	29.06.2021	01.10.2021
Art. 2, Abs. 1	geändert	2017-043	16.05.2017	01.07.2017
Art. 2, Abs. 2	eingefügt	2017-043	16.05.2017	01.07.2017
Art. 2, Abs. 2	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 2, Abs. 2	geändert	2021-066	29.06.2021	01.10.2021
Art. 3, Abs. 1	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 3, Abs. 3	aufgehoben	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 4, Abs. 1, a)	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 4, Abs. 1, b)	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 6, Abs. 2	geändert	2021-066	29.06.2021	01.10.2021
Art. 9, Abs. 1, b)	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 10, Abs. 1	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 10, Abs. 1, b)	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 10, Abs. 2	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 10, Abs. 3	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 12, Abs. 2	geändert	2021-066	29.06.2021	01.10.2021
Art. 12, Abs. 3	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 13	Artikeltitel ge- ändert	2017-043	16.05.2017	01.07.2017
Art. 13	aufgehoben	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 13, Abs. 1	geändert	2017-043	16.05.2017	01.07.2017
Art. 13, Abs. 2, e)	geändert	2017-043	16.05.2017	01.07.2017
Art. 15	aufgehoben	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 16	Artikeltitel ge- ändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 16a	eingefügt	2021-051	15.06.2021	01.07.2021
Art. 17, Abs. 1	geändert	2021-051	15.06.2021	01.07.2021

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
10.11.2009	01.01.2010	Erlass	Grunderlass	45–18
16.05.2017	01.07.2017	Art. 2, Abs. 1	geändert	2017-043
16.05.2017	01.07.2017	Art. 2, Abs. 2	eingefügt	2017-043
16.05.2017	01.07.2017	Art. 13	Artikeltitel ge- ändert	2017-043
16.05.2017	01.07.2017	Art. 13, Abs. 1	geändert	2017-043
16.05.2017	01.07.2017	Art. 13, Abs. 2, e)	geändert	2017-043

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
15.06.2021	01.07.2021	Art. 2, Abs. 2	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 3, Abs. 1	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 3, Abs. 3	aufgehoben	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 4, Abs. 1, a)	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 4, Abs. 1, b)	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 9, Abs. 1, b)	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 10, Abs. 1	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 10, Abs. 1, b)	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 10, Abs. 2	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 10, Abs. 3	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 12, Abs. 3	geändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 13	aufgehoben	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 15	aufgehoben	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 16	Artikeltitel ge- ändert	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 16a	eingefügt	2021-051
15.06.2021	01.07.2021	Art. 17, Abs. 1	geändert	2021-051
29.06.2021	01.10.2021	Art. 1, Abs. 1	geändert	2021-066
29.06.2021	01.10.2021	Art. 2, Abs. 2	geändert	2021-066
29.06.2021	01.10.2021	Art. 6, Abs. 2	geändert	2021-066
29.06.2021	01.10.2021	Art. 12, Abs. 2	geändert	2021-066